



12. Dezember 2006 / he

An alle, die am  
**BERLINER FORUM SCHULRECHT**  
interessiert sind

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

die Frage der Schulbesuchspflicht ist in Deutschland in den letzten Jahren wieder umstritten. Trotz klarer Rechtslage, trotz eindeutiger Rechtsprechung auch gerade des Bundesverfassungsgerichts, mehren sich die Fälle, in denen Eltern und auch Schüler und Schülerinnen sich weigern, den klaren rechtlichen Vorgaben der Schulpflicht Rechnung zu tragen. Auch warnende Worte des Bundesverfassungsgerichts scheinen dabei bisweilen wenig Überzeugungskraft zu haben :

*"Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse daran, der Entstehung von religiös oder weltanschaulich motivierten "Parallelgesellschaften" entgegenzuwirken und Minderheiten auf diesem Gebiet zu integrieren. Integration setzt dabei nicht nur voraus, dass die Mehrheit der Bevölkerung religiöse oder weltanschauliche Minderheiten nicht ausgrenzt, sie verlangt vielmehr auch, dass diese sich selbst nicht abgrenzen und sich einem Dialog mit Andersdenkenden und -gläubigen nicht verschließen. Für eine offene pluralistische Gesellschaft bedeutet der Dialog mit solchen Minderheiten eine Bereicherung. Dies im Sinne gelebter Toleranz einzuüben und zu praktizieren, ist wichtige Aufgabe schon der Grundschule." (Beschluss vom 29. April 2003, DVBl. 2003, S. 999).*

Diesem Problembereich soll unter dem Titel

**"Schulpflicht - Unterrichtspflicht - Bildungspflicht"**

das 61. BERLINER FORUM SCHULRECHT gewidmet sein; das, wie bereits angekündigt, am

**18. und 19. Januar 2007**

im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung,  
Lentzeallee 94, 14195 Berlin,  
kleiner Sitzungssaal

stattfinden wird.

Wir werden am 18. Januar 2007 um 15.00 Uhr beginnen, und die Veranstaltung am 19. Januar 2007 gegen 13.00 Uhr enden lassen.

Wir freuen uns, diese Veranstaltung gemeinsam mit der Arbeitsgruppe "Bildungsrecht" der Deutschen Gesellschaft für Bildungsverwaltung (DGBV) und dem Arbeitskreis der Schuljuristen und Schuljuristinnen der Kultusministerien der Länder durchführen zu können.

Auf der Tagung wollen wir die aktuellen rechtlichen Debatten um die Durchsetzung der Schulpflicht zum Anlass nehmen, um unter Einbezug bildungshistorischer und erziehungswissenschaftlicher Perspektiven zu einer rechtlichen Bilanzierung und Bewertung der in jüngster Zeit geführten juristischen Debatten zu kommen. Die Tagung soll der Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen sowie der Rechtslage dienen und mögliche Perspektiven aufzeigen; sie wird dabei den Fokus auf die "für alle gemeinsame Grundschule von mindestens vier Jahren" legen.

Erfreut sind wir, dass durch die Mitwirkung renommierter Referenten aus der Wissenschaft und zugleich von erfahrenen Praktikern aus den Länderkultusministerien die Chance eines breiten, die Fächergrenzen überschreitenden Dialogs auf dieser Tagung gegeben sein wird. Die Einzelheiten des Ablaufs der Veranstaltung entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Programm.

**Wegen der Zahl der erwarteten Teilnehmer und Teilnehmerinnen bitten wir um eine vorherige Anmeldung bei Frau Hempel (Tel.: 030/82406-201, Fax: 030/82406-433, e-mail: [hempel@mpib-berlin.mpg.de](mailto:hempel@mpib-berlin.mpg.de)).**

Ich möchte Sie zu dieser Veranstaltung sehr herzlich einladen und würde mich über eine zahlreiche Teilnahme sehr freuen.

Mit den besten Wünschen für ein ruhiges Weihnachtsfest und das vor uns liegende Jahr 2007 und herzlichen Grüßen bin ich

Ihr

Mans-Peter Füssel